

Annoncen.
Annahme-Bureaus.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wihelmstr. 17)
bei C. H. Ulrich & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Streisand,
in Meseritz bei Ph. Matthias.

Annoncen.
Annahme-Bureaus.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei G. L. Daube & Co.,
Haesfeld & Vogler,
Rudolph Moos.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank“.

Posener Zeitung.

Achtundachtzigster Jahrgang.

Mr. 914.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 29. Dezember.

1881.

Amtliches.

Berlin, 28. Dezember. Der Kaiser hat den Geheimen Postrat und vortragenden Rath im Reichs-Postamt Scheffler in Berlin zum Geheimen Ober-Postrat, sowie den Ober-Postrat und ständigen Postarbeiter im Reichs-Postamt Henne in Berlin zum Geheimen Post- und vortragenden Rath im Reichs-Postamt ernannt.

Der König hat dem Kaufmann Hasenclever zu Nemischeid den Charakter als Kommerzienrat verliehen.

Dem Oberlehrer am Friedrichs-Werderschen Gymnasium in Berlin, Dr. Suphan ist das Präfusat Professor beigelegt worden. Der ordentliche Lehrer Dr. Schläuter am Gymnasium zu Orlowo ist zum Oberlehrer befördert worden. Der praktische Arzt Dr. Grötzel zu Leobschütz ist zum Kreiswundarzt des Kreises Leobschütz ernannt worden.

Der Universitätsgärtner Perring zu Berlin ist zum Inspektor des botanischen Gartens der dortigen Universität ernannt worden.

Dem Kunst- und Handelsgärtner, Baumkulissenbauer Eichler zu Grünberg i. Sch. ist der Titel als königlicher Garteninspektor verliehen worden.

Der kommissarische Grenz- und Kreis-Thierarzt Schilling zu Beuthen ist zum Departements-Thierarzt für den Regierungsbezirk Oppeln ernannt worden. Dem Thierarzt erster Klasse Klingenstein zu Kalbe a. S. ist die kommissarische Verwaltung der Kreistherarzt-Stelle des Kreises Glas übertragen worden.

Politische Uebersicht.

Posen, 29. Dezember.

In einem bereits telegraphisch erwähnten Artikel „Zum Jahreswechsel“ sagt die „Prov.-Korresp.“ u. A.: Für die Beziehungen zwischen Staat und Kirche und speziell für die Verhältnisse der katholischen Kirche in Preußen wird das neue Jahr hoffentlich ein wirksamer und wahrhafter Wendepunkt sein. Auch hier ist die Regierung vorangeschritten in der Erkenntnis der Bedürfnisse des Landes und ihrer katholischen Untertanen und in dem Streben nach Herbeiführung eines ehrlichen kirchlichen Friedens. Das Entgegenkommen der Kurie und die Friedfertigkeit der Domkapitel hat es ermöglicht, daß in vier (soll heißen: fünf. D. Ned.) Sprengeln bereits wieder geordnete kirchliche Verhältnisse eingeführt und zwei Bischöfe und zwei (drei) Bistumsverweser eingesetzt worden sind. Weitere Erfolge des gleichen Strebens stehen bevor. Die Erkenntnis von der Nothwendigkeit eines friedlichen Zusammenlebens zwischen Staat und Kirche hat sich jetzt auch in solchen Kreisen Bahn gebrochen, welche an dem Kampf mit der katholischen Kirche sich aus wesentlich politischen, weit über die Ziele der Regierung hinausgehenden Gründen beteiligt hatten. Um so mehr ist zu hoffen, daß die Anfänge des kirchlichen Friedens im neuen Jahre ihre noch glücklichere Fortsetzung finden werden. Das hohe Ziel der Regierung kann freilich nur erreicht werden, wenn die Katholiken selbst und die katholische Kirche ihr dazu ernstlich und aufrichtig beihilflich sind.

Das Jahr 1881 ist auch auf dem Gebiete der außwärtigen Politik nicht ohne hervorragende Ereignisse geblieben. Das Verbrechen, durch welches Kaiser Alexander II. von Russland sein Leben einbüßte, brachte aller Welt die Gefahren zum Bewußtsein, welche aus der Verblendung materialistischer Weltanschauung und aus der Verachtung gegen Gesetz und Gottes Ordnung in verworfenen Gemüthern entstehen müssen. Der traurige Hingang Alexanders II. ist nicht ohne Einfluß auf eine erneute Annäherung Russlands an Deutschland und Österreich-Ungarn gewesen. Die danziger Zusammensetzung zwischen Kaiser Wilhelm und Kaiser Alexander III. sowie die engeren Beziehungen unserer Politik zu Österreich-Ungarn haben keinen Zweifel mehr gelassen, daß die gemeinsame Grundaufsicht, welche die Politik der drei Reiche verbündet, die fräftige Bürgschaft einer friedlichen Entwicklung bildet.

Dem Artikel der „Kieler Ztg.“ über den Antrag Windhorst tritt die „Volkszeitung“ scharf entgegen; sie bezeichnet das Internierungsgesetz als verwerflich und meint, wenn im Jahre 1874 die prinzipiellen Gegner desselben dem Fraktionszwange weichend, an der Abstimmung nicht Theil nahmen, so sei heute die Stimmung in der Fortschrittspartei derart, daß leicht der umgekehrte Fall eintreten könnte. Wir wollen abwarten, welches von beiden Blättern über die Stimmung in der Fortschrittspartei besser unterrichtet ist, resp. welche der beiden vorhandenen Strömungen innerhalb der Fortschrittspartei das Übergewicht haben wird; zu bedauern bleibt es in jedem Falle, daß in einer so wichtigen taktischen Frage — denn es handelt sich nur um eine Angelegenheit ultramontaner Taktik — den liberalen Parteien diejenige Geschlossenheit fehlen soll, welche, wir wiederholen es, gerade angesichts der zweifelhaften Haltung der Regierung auf dem kirchenpolitischen Gebiete dringend geboten ist. Am meisten würden wir es bedauern, wenn in irgend einer liberalen Partei die auf der andern Seite getadelte Auffassung platzgreifen könnte, als sei die kirchenpolitische Gesetzgebung heute gerade blos noch gut genug, um im politischen Partei-Interesse verwandt zu werden.

Die offiziösen Korrespondenten protestieren gegen die Unterstellung, daß die in Prag erscheinende „Bohemia“ ihre Berliner Nachrichten aus gleicher Quelle schöpfe wie sie selbst. Wir würden von dieser Kundgebung keine Notiz nehmen, wenn nicht gerade in diesem Augenblick eine Mitteilung der „Bohemia“ durch die Blätter ginge, welche dem Reichskanzler die Absicht zuschreibt, den Papst wieder zu einem wirklichen Souverän zu machen. Die „Bohemia“ hat, wie es scheint, nicht scharf genug unterschieden zwischen der direkten Unterstützung der Bestrebungen der Kurie und zwischen der Eröffnung einer Perspektive auf eine solche Unterstützung. Die Gelege der Perspektive dürften auch im Vatikan nicht ganz unbekannt sein.

Ein Aufruf eines „Centralvereins der Volksbildung-Freunde“ bestätigt heute die uns vor Kurzem zugegangene Mitteilung, daß man konservativerseits „Volksredner“ ausbilden will, um künftig die Agitation für die konservative Sache mit verstärkten Kräften aufnehmen zu können; der genannte Verein soll die Geldmittel dazu beschaffen. Das erinnert an die Anfänge der „christlich-sozialen“ Agitation: auch die Urheber dieser wollten damals mit der Ausbildung von „Volksrednern“ beginnen; als die allein nothwendige Qualifikation bezeichneten sie eine „starke Stimme“, das Nebrige finde sich.

Seit Bestehen des Sozialistengesetzes, d. h. seit 21. Oktober 1878, sind im deutschen Reiche auf Grund des § 1 des Gesetzes 226 sozialistische Vereine verboten worden. Von Seiten der Vorstände von 28 Vereinen, die von dem Verbot betroffen wurden, ist auf Grund des § 8 Beschwerde erhoben worden. Die auf Grund des § 26 des Sozialistengesetzes eingesetzte Reichskommission, welche bekanntlich aus vier Mitgliedern des Bundesrates und fünf Mitgliedern der höchsten Gerichte des Reiches oder der einzelnen Bundesstaaten besteht, hat bei 27 Vereinen die Auflösung bestätigt; in einem Falle wurde das Verbot des Vereins von der verbietenden Behörde aufgehoben. — In den drei Jahren des Bestehens des Sozialistengesetzes sind ferner im deutschen Reiche 758 Druckchriften auf Grund des § 11 des Gesetzes verboten worden. In 81 Fällen wurde rechtzeitig, d. h. innerhalb einer Woche nach der Zustellung der betreffenden Verfügung der verbietenden Behörde Widerspruch erhoben. In 61 Fällen fand dieser Widerspruch bei der Reichskommission keine Berücksichtigung und wurde das Verbot der betreffenden Druckschriften lediglich bestätigt. In 20 Fällen dagegen wurde das Verbot von der Reichskommission resp. von der verbietenden Behörde aufgehoben. Auf die einzelnen Bundesstaaten vertheilen sich die verbotenen Druckschriften folgendermaßen: Sachsen 136, Bayern 24, Hamburg 25, Braunschweig 22, Württemberg 8, Großherzogtum Baden 15, Mecklenburg-Schwerin 5, Hessen-Darmstadt 13, Bremen 3, Gotha 2, Gera 1, die Reichslande 8, der Rest von 458 Druckschriften entfällt auf Preußen resp. einzelne kleine Bundesstaaten. Es mag noch bemerk't werden, daß die vom Verbot betroffenen Druckschriften sich auf sechs verschiedene Sprachen vertheilten, und zwar erschienen 683 in deutscher Sprache, 38 in französischer, 21 in polnischer, 3 in russischer, 2 in englischer und 1 in litauischer Sprache.

Wie aus Königsberg telegraphiert wird, theilt der Oberpräsident v. Horn der „Sartung'schen Ztg.“ zur Berichtigung ihrer Angabe mit, daß er seinen Abschied erbeten habe und ihn erhalten werde, bis jetzt jedoch noch nicht empfangen habe. — Wir freuen uns, sagt die „N. Z.“, daß die Meldung des Königsberger Blattes über die Form des Rücktritts des Herrn von Horn sich somit nicht bestätigt; die politische Bedeutung des Vorgangs wird indes trotzdem nicht anders erscheinen, als wir sie darlegten, wenn man sich des unausgesetzten Drängens von konservativer Seite auf den Rücktritt des bisherigen Oberpräsidenten von Ostpreußen erinnert.

An die Antwort, welche der Kaiser Franz Joseph den Abgeordneten der triester Handelskammer ertheilte, knüpfen wiener Blätter längere Grörterungen an:

Die „Deutsche Zeitung“ bezeichnet die kaiserliche Erwiderung als eine „hochbedeutende, ungewöhnliche Kundgebung“. Dieselbe sei ein unüberleglicher Beweis dafür, daß die Stellung des Ministeriums Taffae-Dunajewski eine überaus feste ist und daß die letzten Verhandlungen im Abgeordnetenhaus keineswegs dazu beigetragen haben, diese Festigkeit auch nur im geringsten zu erschüttern. Es sei daher durchaus keine Ministrerie im Anzuge, vielmehr sei zu erwarten, daß der Kampf der vereinigten Linken des Abgeordnetenhauses sich noch sehr in die Länge ziehen werde. Auch die wiener „Tribüne“ ist der Ansicht, daß die „Vereinigte Linke“ angesichts der Kundgebung des Kaisers „noch hinlänglich Muße habe, sich zur Übernahme der Staatsgeschäfte vorzubereiten.“ „Die Vorgänge im Parlament, so sagt das Blatt, müssen in der That äußerst provoziert gewesen sein, wenn selbst ein so konstitutionell gesinnter Monarch sein Bedauern darüber aussprechen muß.“ Die „Morgenpost“ nennt die „neueste Aktion“ des Monarchen einen „ersten Appell“ an das Pflichtgefühl, einen deutlichen Fingerzeig, wie im Interesse des Volkes und des Reiches gewirkt werden muß.

Wie groß auch im Lager der liberalen Verfassungstreuen die Aufregung über die mißbilligende Auseinandersetzung des Kaisers betreffs der „fiktiven Haltung“ der Triester Reichsraths-Abgeordneten gewesen ist, so steht doch, wie der „N. Preuß. Zeitung“ aus Prag geschrieben wird, schon fest, daß der Vorfall keine weiteren Folgen haben wird, da die einflußreichsten Parteiführer den mehrfach gestellten Antrag auf allgemeine Mandat-Niederlegung als inopportunit und den parlamentarischen Prinzip nicht entsprechend abgelehnt haben. Die Herren fürchten nämlich, meint das zitierte Blatt, nicht ohne Grund, daß sie im Falle einer derartigen direkten Demonstration gegen die Krone in ihren Wahlkreisen zum großen Theile nicht wieder gewählt werden würden. Nur die Triester Abgeordneten werden voraussichtlich ihre Mandate niederlegen.

Unter 20 Pf. die schauplatzten Postteile oder deren Raum, Rellamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

In Ungarn fühlen sich die Protestanten durch ein neues Schulgesetz bedroht. Wo sie die Übermacht haben, sind die Römisch-katholischen merkwürdiger Weise für Staatschulen; namentlich wenn dieselben den ihnen so unbehaglichen Schulen der Evangelischen den Garas machen sollen.

Die über den Weihnachtsempfang der Kardinäle durch den Papst vorliegenden telegraphischen Mittheilungen lauten:

Der Papst empfing am heiligen Abend die Kardinäle, welche erschienen waren, um in herkömmlicher Weise durch den Kardinaldekan ihre Glückwünsche anlässlich des Weihnachts- und Neujahrsfestes darzubringen. Unter den 23 anwesenden Kardinälen befand sich auch Prinz Hohenlohe, welcher an demselben Tage von seiner Reise nach Rom zurückgekehrt ist. Die Begrüßungsansprache des Kardinaldekan erwiderte der Papst, dem „Observatore Romano“ zufolge, indem er zunächst auf die Lage des heiligen Stuhles hinwies, welche sich immer schwieriger gestalte, und sodann beklagte, daß er gezwungen gewesen sei, die jüngste Kanonisation ohne den herkömmlichen Pontifik zu vollziehen. Ebenso beklagte der Papst die Anschuldigungen, welche jedes Mal erhoben würden, so oft er, um die Unabhängigkeit seiner geistlichen Gewalt zu sichern, die Wiederherstellung seiner tausendjährigen weltlichen Herrschaft fordere. Rebellen und Unruhestifter nenne man die Katholiken, wenn sie eine wirkliche Garantie für die Freiheit ihres Oberhauptes verlangen. So sei es denn natürlich, fügte der Papst hinzu, daß die nach Rom kommenden Bischöfe den gegenwärtigen Stand der Dinge unvereinbar halten mit der Würde des heiligen Stuhles und daß die Gläubigen der ganzen Welt in dieser Beziehung ihre Besorgnisse für die Gegenwart wie für die Zukunft an den Tag legen.

Über den in Rom durch die päpstliche Ansprache hervorgerufenen Eindruck meldet das offiziöse italienische Telegraphen-Bureau:

„Die Ansprache des Kardinal-Dekans, wie die Antwort des Papstes waren in demselben Tone relativ Mäßigung gehalten, wie die Adresse des Episkopats vom 12. d. und die bezügliche Erwiderung des Papstes.“

Die „Papstfrage“ beschäftigt jetzt auch die französische Presse. Der „Temps“ bringt einen Artikel, in welchem er, anknüpfend an die Schrift „Der Papst und Italien“ und an die bekannten „Pont.“-Artikel, die Stellung Deutschlands zum Vatikan erörtert:

Das regierungsfreundliche Blatt verkennt nicht die Bedeutung der Frage, kann aber im Ernst nicht an eine wirkliche Aktion des Fürsten Bismarck zu Gunsten des Papstthums glauben. Möglich sei es wohl, daß Fürst Bismarck es in seinem Interesse gefunden habe, das Zauberbild der Wiederherstellung der weltlichen Gewalt vor den Augen der Kurie spielen zu lassen und daß diese sich gern den Illusionen überlasse, welche die deutsche Politik so angelegetlich zu beginnen scheue. Die Befürchtungen aber, denen man sich in Italien hingabe, seien denn doch übertrieben. Wie denkt man sich denn eine solche Aktion? Sollte Deutschland allein intervenieren? Das Eintreten einer im Grunde protestantischen Macht für den Stil der Unfehlbarkeit wäre selbst bei einem Bismarck zu paradox und unwahrscheinlich. Welche Macht werde sich heutzutage zu solcher Arbeit hergeben? Dazu kommt noch, daß eine Vergemalung Italiens nicht allein ein Schlag gegen das moderne Staatsbewußtsein sondern auch gegen das Nationalitäts-Prinzip sein würde, aus dem das deutsche Reich selbst hervorgegangen.

Was die Stellung Frankreichs zu der Frage betrifft, so deutet der „Temps“ an, daß sein Land eine etwaige Intervention zur Vertreibung Italiens aus Rom nicht ruhig mit ansehen werde:

Frankreich habe jetzt zwar keinen Grund, besondere Särftlichkeit für Italien zu hegen, aber trotz aller Beschwerden darf man nicht versäumen, daß es sich hier um die nationale Unabhängigkeit einer europäischen Macht handelt und daß die Sache Italiens diejenige aller Staaten ist. Es sei denn auch nicht zu glauben, daß der deutsche Kanzler einen so flagranten Missbrauch der Übermacht im Schild führe. Vielmehr sei die Auflösung dieser Frage offenbar nur ein faktisches Mittel, durch welches er die Kurie und die Katholiken — mit oder auch ohne das Zentrum — zu gewinnen scheue.

Es entspricht dies im Wesentlichen der Auffassung, die man auch in Deutschland hat. Dass die Papstfrage darum doch von großer Tragweite ist und, vielleicht gegen die Absicht des Fürsten Bismarck, zu schweren Verwicklungen führen kann, brauchen wir nicht besonders hervorzuheben. Die Weihnachtsrede des Papstes hat gezeigt, daß dieser die Sache ernst nimmt. Der „Temps“ sagt an einer andern Stelle von dieser Rede: „Im Munde eines so reservirten Mannes wie Leo XIII. ist diese amtliche Erklärung von Wichtigkeit.“ Andererseits telegraphiert man der „Kölner Ztg.“ aus Rom:

Die hiesigen Blätter betrachten die Ansrede, welche der Papst am 24. d. an die zum Feste glückwährenden Kardinäle richtete, als ein bedecktes Zeichen und als in Verbindung stehend mit den zwischen Rom und Berlin schwelenden Verhandlungen. Papst Leo betonte aufs Neul. die Unerträglichkeit seiner Lage, die sich auch wieder bei der jüngsten Kanonisation herausgestellt habe und von allen Bischöfen des Erzbistums anerkannt worden sei. So oft der Papst die Wiederaufrichtung der weltlichen Herrschaft begehrte, welche zur Sicherung seiner geistlichen Gewalt unentbehrlich sei, würden die unbegründeten Anklagen gegen ihn laut, und diejenigen Katholiken, welche die Freiheit des päpstlichen Stuhles gewährleisten wollen, würden als Empörer bezeichnet. Die Schlusstelle befragt, daß die Entwicklung der öffentlichen Dinge in Italien eine Verschärfung der Lage des Papstes in Aussicht stelle.“

In der „Revue des deux Mondes“ hat vor Kurzem ein französischer Diplomat eine Reihe von Artikeln über die 1867 angeregte Frage der Mission Luxemburgs

an Frankreich veröffentlicht, die wir bereits in unserem Mittagsblatte vom Dienstag ausführlicher erwähnt haben. Die Darstellungen dieses Diplomaten, Herrn Rothan, fanden mehr als gewöhnliche Beachtung, weil sie sich nach seiner Angabe auf sichere Quellen, auf geheime Dokumente und auf die eingehendsten Beobachtungen der beteiligten Persönlichkeiten stützen. Eine Anzahl pikanter Einzelheiten aus den Artikeln ist auch in die deutsche Presse übergegangen. Jetzt veröffentlicht das Brüsseler „Echo du Parlement“ zwei größere Aufsätze unter dem Titel: „La Belgique et le Grand-Duché de Luxembourg en 1867“, worin ein hervorragender belgischer Staatsmann (die „Augsb. Allgem. Zeit.“ sagt: „Frère D'Orbigny“) die Ausführungen des Herrn Rothan in schlagender Weise widerlegt. Obgleich das „Echo“ zunächst nur den belgischen Standpunkt den französischen Darstellungen gegenüber vertritt, so bieten die Erklärungen des belgischen Staatsmannes doch eine große Fülle sehr interessanter Stoffes für alle mittelbar oder unmittelbar Beteiligten:

Zunächst erfährt man, daß Herr Rothan für die Eingeweihten nichts Neues vorgebracht hat; wo er sich aber auf wirkliche Altenstücke zu stützen scheint, hat er offenbar das Material aus der Korrespondenz des Herrn de Moustier entnommen, die aus den Archiven des Pariser auswärtigen Ministeriums entstammt. „Dies war“, sagt der belgische Autor, „ein allgemeiner Gebrauch unter dem zweiten Kaiserreich“; daher fanden auch die Deutschen 1870 in Ceyz, dem Landhaus Itz ou hers, die auf die projektierte Annexion von Belgien bezüglichen Dokumente. Von den speziell belgischen Fragen hat dieselbe ein allgemeineres Interesse, die sich auf die auch von deutschen Blättern wiederholte Darstellung der Geschichte der Verheirathung des Grafen von Hohenzollern mit der Prinzessin von Hohenzollern, beziehungsweise des Anteils des belgischen Gesandten Baron v. Rothomb an jenem Ereignis, bezieht. Damals habe sich Dr. v. Bismarck, der durch diesen Vorgang überrascht worden sei, bei Hrn. Benedetti entschuldigen müssen.

Der belgische Autor setzt hinzu:

Wenn Hr. Rothan diese Gedichte nicht selbst erfunden hat, so hat sein Inspektor ihn schmälerlich mythisiert.

Aus den Brüsseler Artikeln erfährt man dann:

Das auf der Londoner Konferenz zuerst der Plan aufgestellt wurde, das Großherzogthum Luxemburg zu neutralisieren, wie es mit Belgien geschehen war. Später wurde von Lord Stanhope die Alternative aufgestellt, das Großherzogthum mit oder ohne Festung entweder dem König von Holland zu übergeben oder es an Belgien zu cediren und so an der belgischen Neutralität teilnehmen zu lassen. Bismarck gab bei den Verhandlungen über diese Fragen die Erklärung ab, daß Preußen ohne eine gemeinsame europäische Garantie seine Truppen nicht aus Luxemburg zurückziehen werde. Schließlich endete die Differenz damit, daß man Luxemburgs Neutralität unter die Kollektivgarantie der Mächte stelle. Während der Verhandlungen der Londoner Konferenz traten die französischen Annexionsgelüste auf Belgien mit großer Schärfe hervor. Drouyn de Lhuys wollte über Mainz und Koblenz nach Brüssel und Luxemburg gelangen, und Herr de Moustier erklärte mit Bezug hierauf dem Fürsten Gortschakow, daß das Kaiserreich deutliches Gebiet damit nicht erstrebe. Benedetti seinerseits schrieb: „Etwas in Luxemburg sind wir dann auch bald in Brüssel.“ Das hat man auch heute noch in Belgien nicht vergessen, und aus den Worten des belgischen Staatsmannes ist deutlich herauszuhören, daß man sich des Gleichen der Pariser vor auch heute noch versieht. Die interessanten und offenbar an der Hand bestens Altenmaterials gemachten Darlegungen des „Echo“ schließen mit dem Satze: „Das, was wir mit Rücksicht auf Belgien gethan haben, das würden Andere auch leicht in Bezug auf Deutschland, England, Österreich und selbst auf Frankreich tun können. An Material zur Beweisführung liegt es mir keinem kompetenteren Autor zu wünschen, sich des Urteils entschlagen können, daß die politische Moral des Rothan'schen Buches mit seinem historischen Werth auf gleicher Stufe steht.“

Der pariser „Télégraphe“ meldet, daß der neue Kultusdirektor Cassagnary den Präfekten in einem Rundschreiben den höchst verfänglichen Auftrag ertheilt hat, ihm Bericht „über den Charakter, die Gewohnheiten, den intellektuellen und moralischen Werth eines jeden der französischen Bischöfe zu erstatten sowie über deren gegenwärtige Haltung, über die Vergangenheit und wenn möglich auch über die intime Geschichte eines jeden Bischofs“ Auskunft zu geben. Schließlich sollen die Präfekten, in deren Bereich der Sitz eines Bischofs oder Erzbischofs liegt, einen Vergleich zwischen dem jetzigen und den früheren Inhabern des Sprengels anstellen. Der „Télégraphe“ findet, daß dieser Auftrag den Präfekten sehr lästig sein dürfte; jedenfalls wird er die Stimmung des Episcopats nicht verbessern.

Der „Kölner Ztg.“ wird geschrieben:

Es bestätigt sich vollständig, daß der Rückkauf der Eisenbahnen und die Umwandlung der Rente ist vor der Hand aufgegeben. Dagegen scheint der Minister Alain Targé, ungeachtet er seine Pläne für den Augenblick nicht ausführen kann, am Ruder bleiben zu wollen, wenigstens versichert er dies dem Syndikus der Wechsel-Agenten der Pariser Börse und dessen Beigeordneten, die ihm aus bekannten Gründen schon jetzt ihre Neujahrs-glückwünsche darbrachten. Wie der „Rattona“ berichtet, beschäftigt der Minister sich eifrig mit der Vorbereitung des Budgets von 1883 und scheint vollständig entschlossen, mit dem System der Befreiung und außerordentlichen Kredite zu brechen. Betreßt des Rückkaufs der Eisenbahnen bemerkte er, daß vorläufig nur von dem Rückkauf der Orléans-Bahn die Rede sein könne; es liege betreffs dieser Bahn ein Gesetzentwurf, über welchen ein Ausschluß der früheren Kammer schon berathen habe, vor; die Diskussion werde ihren gewöhnlichen Verlauf nehmen, aber die Regierung sei entschlossen die Sache vollständig der Weisheit der Kammer zu überlassen. Die Regierung beschäftigte sich für den Augenblick nur mit den in der Regierungserklärung vom 15. November enthaltenen Reformen. Über die Umwandlung der Rente besprach er, daß er in dieser Beziehung an eine große Zurückhaltung gebunden sei, aber daß er bestätigen könne, daß die Regierung über diese Frage, deren nahe Lösung nicht wahrscheinlich sei, noch nicht berathen habe.

Der französische Botschafter am Berliner Hofe, Graf St. Vallier, hat nunmehr am 26. d. M. Abends Berlin verlassen und sich zunächst nach Paris begeben. Sein Nachfolger wird erst Mitte Januar in Berlin eintreffen.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 28. Dez. [Bismarck und das Papstthum. Virchow und Hänkel.] Mit Ausnahme von Phantasten, die das Unwahrscheinliche gerade seiner Unwahrscheinlichkeit

wegen reizt, ist betreffs der angeblichen diplomatischen Anknüpfungen über die Stellung des Papstthums alle Welt wenigstens darüber einig, daß gewisse Dinge, von denen in der ausländischen Presse wie von Kleinigkeiten gesprochen wird, sicherlich nicht von der deutschen Politik erwartet werden, und dahin ist jede, wie immer gearbeitete Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes, und wäre es nur über den leoninischen Stadtteil Rom, zu rechnen; wenn insbesondere klerikale Stimmen in Österreich dem deutschen Reichskanzler eine solche Politik zutrauen, zu deren ersten Folgen die definitive Befestigung der Herrschaft aller deutschfeindlichen Elemente Österreichs über diesen Staat gehören würde, so verrechnen sie sich jedenfalls.

Das Einzige, was auch ernsthafte Politiker für möglich halten, während es doch über die Gewährung eines freundlichen diplomatischen Rückhalts für die Kurie in etwaigen Konflikten derselben mit der italienischen Regierung hinausginge, ist die Wiederaufnahme der im Jahre 1870 gewissermaßen unentschieden gebliebenen Frage, ob das italienische Garantiegesetz eine internationale Bedeutung hat; aber auch da weiß Niemand zu sagen, welches Objekt denn ein Vorgehen auf dieser Grundlage haben sollte, da das beilebende Garantiegesetz dem Papste Alles gewährleistet, was ohne Wiederherstellung der weltlichen Macht denkbar ist, und da die Schwierigkeit lediglich in der Weigerung des Papstes liegt, von den ihm gewährten Garantien Gebrauch zu machen: er will eben den „Gefangenengen“, den „grausam Verfolgten“ spielen. Die offiziöse Preßkampagne, welche sich augenblicklich hier auf dem Hintergrund dieser Verhältnisse abspielt, wird vielfach — und mit Recht — mit jener berüchtigten, künstlichen Verwirrung der öffentlichen Meinung verglichen, welche vor einigen Jahren, auch anlässlich einer diplomatischen Aktion stattfand und in dem „Krieg in Sicht“-Artikel der Post ihren Höhepunkt erreichte. Auch jetzt ist es ja wieder dieses, auch in der Zwischenzeit mehrfach zu ähnlichen Zwecken verwendete Blatt, welches den offiziösen Frankfurter-Dienst gegen Italien leisten muß, während gleichzeitig in der um einen Grad offiziöseren „Nordd. Allgem. Zeit.“ die höchste Verwunderung darüber ausgesprochen wird, daß irgend jemand die deutsch-italienischen Beziehungen als bedroht darstellen mag. Jene „Krieg in Sicht“-Politik hat, so viel man weiß, s. B. zu keinem Erfolg geführt; der jetzige Versuch, wiederum die öffentliche Meinung als Figur in einem diplomatischen Schachspiel zu verwenden, dürfte nicht besser verlaufen: sie bleibt, wie damals, passiv und misstrauisch gegenüber einem unbekannten und verdächtigen Zwecke. — Der heute in der fortschrittlichen Presse gemachte Versuch, anlässlich des Artikels der „Kieler Ztg.“ über den Antrag Windthorst die Autorität Virchow's derjenigen Hänel's entgegenzustellen, reicht allem Anschein nach über den augenblicklichen Anlaß hinaus. Diejenige Gruppe innerhalb der Fortschrittspartei, welche sich in der Presse so bereit für den Windthorstschen Antrag engagierte, ist während der ersten Wochen der Session nicht ohne Widerstreben, das in den betreffenden Korrespondenzen auch mehrfach hervortrat, der auf das Zusammensehen mit den übrigen Liberalen bedachten Führung Hänel's gefolgt; wenn es dennoch geschah, so war dies mit auf den Umstand zurückzuführen, daß jene Gruppe, obgleich der verdiente Wahlgänger der Partei dazu gehörte, sich bewußt ist, dem Namen Hänel keinen von gleichem Ansehen in der Fortschrittspartei entgegenstellen zu können. Jetzt hofft man ihn in Virchow gefunden zu haben, weil dieser sich vor Jahren gegen das Internirungsgebot engagiert hat, für das Hänel soeben eintrat. Aber der Erfolg ist zweifelhaft, denn Virchow wünscht das Zusammenwirken der Liberalen nicht weniger, als Hänel, wenngleich er vielleicht über die Möglichkeit etwas skeptischer denkt.

— Die im Reichs-Eisenbahnamt aufgestellte Übersicht der provisorisch ermittelten Betriebs-Ergebnisse der deutschen Eisenbahnen nach dem Stande am Ende des Monats November d. J. ergibt für die 63 zur Vergleichung gezeigten Bahnen bei 42 Bahnen höhere, bei 21 niedrigere Einnahmen als in demselben Monat des Vorjahrs. Im ganzen Jahre 1881 bis Ende November waren die Einnahmen bei 33 Bahnen höher, bei 30 Bahnen niedriger als im Vorjahr.

Aus dem Gerichtssaal.

* Posen, 27. Dezember. [I. Strafammer.] Der Klavierstimmer Robert W. zu Doborni gehört zu jener Partei, welche es sich seit längerer Zeit zur Aufgabe macht, die christliche Bevölkerung gegen die jüdische aufzuhetzen. Am Abend des 13. September d. J. befand er sich in dem Bierlofte des Gastwirths K. Unter den Gästen befanden sich auch einige Israeliten. Als dieselben das Lokal verlassen wollten, rief ihnen W. nach: „Juden hepp hepp!“ Darauf trat er an die Chefrau des Gastwirths K. heran und fragte, ob sie noch nichts gehört habe, daß an demselben Abende mit den Juden etwas los sei. Bald darauf verließ er das Lokal, begab sich an die Synagoge und klebte an dieselben einen Zettel, auf welchem sich die Worte befanden: „Juden hepp hepp.“ W. ist daher angeklagt, durch zwei selbständige Handlungen in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthärtigkeiten gegen einander öffentlich angeregt und durch eben dieselben Handlungen groben Unfug verübt zu haben. W. will nur geläufige „Juden hepp, hepp“ gesagt haben, das Ankleben des Zettels bestreitet er. Nach der Beweisaufnahme, welche den vorstehenden Sachverhalt ergab, sprach zwar der Gerichtshof den W. wegen des Vergehens gegen die öffentliche Ordnung frei, indem er annahm, daß W. sich dessen nicht bewußt gewesen, daß durch seine Handlungsweise eine Störung des öffentlichen Friedens herbeigeführt werden könne, daß es ihm vielmehr nur darum zu thun war, der jüdischen Einwohnerschaft von Doborni ein Abergerniß zu bereiten, verurteilte ihn daher wegen groben Unfugs in 2 Wällen, für den ersten zu 4, für den zweiten zu 6 Wochen Haft, gemäß § 77 St.-G.-B. zu einer Gefammtstrafe von 10 Wochen Haft, indem er aussführte, daß über die Bedeutung des Rufes „Juden hepp, hepp“ kein Zweifel herrschen könne, daß derselbe im Volksmunde die Bedeutung eines Gebrütes habe und eine dem jüdischen Volke gehässige Bezeichnung ausdrücke. Unter den feigen Zeitverhältnissen sei es gerade die befondre Pflicht eines jeden Staatsbürgers, alles zu vermeiden, wodurch eine Gefährdung des öffentlichen Friedens veranlaßt werden könnte, und daß daher gegen jeden, der sich einer Versäumung dieser Pflicht schuldig mache, mit aller Strenge vorgegangen werden müsse. — Der Tagelöhner

Bawrzyn Sobkowial aus Pieczkowo stellte sich am 17. Juni d. J. freiwillig bei dem Distriktsamt zu Neustadt a. W. und gab an, durch Vorhaltung seines Beichtvaters und Gewissensbissen getrieben, sich des Verbrechens des Meineides beschuldigen zu müssen. Er habe in einer Prozeßsache als Zeuge wesentlich einen falschen Eid geleistet, der Kläger Kaufmann Louis G. habe ihn jedoch da u verleitet. S. wurde sofort verhaftet und die Voruntersuchung gegen ihn und G. eröffnet. Am 24. Juni wurde auch G. verhaftet. Am 9. Juli bekannte S., daß seine Angaben vollständig erfunden seien, er wollte damit nur dem G. schaden. Da sich im Laufe der Voruntersuchung gegen S. sowohl wie gegen G. nichts Belastendes ergab, wurde das Verfahren eingestellt und beide am 26. Juli d. J. aus der Haft entlassen. Gegen S. wurde aber Anklage wegen wissenschaftlich falscher Anschuldigung erhoben. Er gibt auch heute zu, nur aus Rache gegen G. die Angaben gemacht zu haben, weil G. das Gründstück eines Freuden von ihm habe substaften lassen und habe ihn jener Freund auch aufgeredet, die Angaben zu machen. Der Gerichtshof verurteilte den S. mit Rücksicht auf das große Unrecht, welches er dem Kaufmann G. zugefügt habe, zu einem Jahre Gefängnis und Verlust der Bürgerlichen Ehrenrechte auf zwei Jahre und sprach dem G. die Befreiung zu, den Urtheilstenor nach Rechtskraft auf Kosten des S. in der „Posener Zeitung“ bekannt machen zu lassen.

Landwirtschaftliches

? Wongrowitz, 26. Dezember. [Landwirtschaftlicher Verein.] Eine ziemlich übersichtliche Aufstellung über den Ausfall der diesjährigen Ernte fand in der letzten Sitzung des hiesigen landwirtschaftlichen Vereins statt. Demnach ist die letzte Ernte als Mittelernte zu betrachten; die festgestellten Durchschnittserträge ergeben sich pro Hektar: a. Weizen 1200 Kilogr., b. Roggen 1000 Kilogr., c. Gerste 1000 Kilogr., d. Hafer 1000 Kilogr., e. Erbsen 800 Kilogr., f. Widen 1000 Kilogr., g. Lupinen 100 Kilogr., h. Raps und Rüben 800 Kilogr., i. Gemenge 1200 Kilogr., k. Kartoffeln 9000 Kilogr., l. Rüben 30.000 Kilogr., m. Rottklee 50 Kilogr., n. Weizklee 100 Kilogr., o. Klee und Wiesenheu 3200 Kilogr. Der Vorsitzende Wirth-Friedrichshof hält darauf einen längeren, lehrreichen Vortrag über die Erzeugmittel, durch welche der diesjährige starke Ausfall an Hau gedacht werden könnte und gab dabei eine interessante vergleichende Übersicht darüber, wie sich die Preise der verschiedenen Erzeugmittel stellen. Danach kommen zu stehen für s. Kilogr. Roggen 60 Pf., Gerste 59 Pf., Erbsen 30 Pf., Widen 20 Pf., Lupinen blau 12 Pf. und gelbe 10 Pf., Mais 50 Pf., Rapsflocken 20 Pf., Palmkernmehl 17 Pf., Fleischmehl 21 Pf., Weizenkleie 5 Pf. Am stichhaltigsten und billigsten seien Lupinen; dieselben müssten aber erst entblättert werden, wozu Dämpfen empfohlen wurde. Am besten verwendbar und auch billig stellten sich Palmöl- und Rapsflocken ($\frac{1}{2}$ Kilogr. pro Kub und Tag trocken mit Rüben oder Kartoffeln). Fleischmehl sei besonders für Ferkel sehr zu empfehlen. Außerdem wurde eine Beihilfe zur Mergelung des Landes von Herrn Krüger-Kopatzky beantragt. Durch eine Kommission sollen die obwaltenden Umstände und vorliegenden Verhältnisse mit dem Antragsteller an Ort und Stelle erörtert und darüber in der nächsten Vereins-Sitzung berichtet werden. Als Mitglieder dieser Kommission wurden die Herren Döring-Bialibrot und Schubring-Seehausen gewählt. — Die Verlegung der Bullenstation zum Güstewitzer Spitzer in Groß-Golle wurde genehmigt.

Staats- und Volkswirtschaft.

** Aus dem Bericht des landwirtschaftlichen Ministers wird offiziös noch Folgendes mitgetheilt: Das den ländlichen Arbeitern gewidmete Kapitel hebt hervor, daß, nach den Jahren des industriellen Aufschwungs, welche einen empfindlichen Mangel an solchen Arbeitern hervorgerufen, Nachfrage und Angebot nicht sofort das gesuchte Gleichgewicht wiederfinden. Dieser Zustand dauerte im Anfang der Berichtsperiode noch fort, um dann aufs Neue ins Schwanken zu gerathen, und zwar zuerst zu Ungunsten der Arbeiter, deren Anzahl das Bedürfnis zu übersteigen anfing, bis gegen das Ende der Periode in Folge plötzlich gesteigerten Auswanderung die Vorboten eines Rückslages nach der anderen Seite sichtbar wurden. Das Anschwellen der Auswanderung, der das nächste Kapitel gewidmet, ist für die ländlichen Verhältnisse selbstverständlich von großer Wichtigkeit; daß in Preußen die Landwirtschaft das Hauptkontingent der Auswanderer stellt, ist gewiß. Doch waren im Jahre 1880 vorzugsweise kleinere und mittlere Grundbesitzer und Pächter vertreten, zu daß Mangel an Arbeitern zunächst nur vereinzelt austrat. Die ausgewanderten Arbeiter aber sind hauptsächlich Arbeiter und zwar solche gewesen, die sich in günstiger Lage befunden und etwas vor sich gebracht hatten. Der Bericht spricht dann über die wahrscheinlichen Ursachen der plötzlichen Auswanderungslust nach mehrjähriger Ebbe. Auf heimische Zustände lasse sich dieselbe nicht wohl zurückführen. Die wirtschaftliche Gesamtlage war 1880 nicht schlechter als in den Vorjahren. Die Wirtschaftspolitik, in besondere die Erhöhung der Eingangsölle könnte nur dann verantwortlich gemacht werden, wenn sie eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage zur Folge gehabt hätte, was evident nicht der Fall ist; übrigens war die Auswanderungssiffer nie so hoch, als 1872, zur Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs, und lange Zeit nicht so tief, als in der folgenden Zeit des Niederganges. Vielmehr nimmt die Auswanderung sichtlich zu, wenn der germanischen Wanderlust sich jenseits des Meeres lockende Aussichten bieten; trüben sich die Aussichten, so lockt auch die Wanderlust. Von staatlichen Maßnahmen, meint der Bericht, sei eine Verminderung der Auswanderung schwerlich zu erwarten. Insofern dieselbe einen Theil der überschüssigen Bevölkerung fort nimmt, könnte man sich damit sogar befrieden, wenn nur die Fortziehenden nicht in der Regel den erwerbstätiger und bemittelten Elementen angehören. Zur Ausgleichung dieses Verlustes werden die allgemeinen Reformbestrebungen auf wirtschaftlichem Gebiete das geeignete Mittel sein. Wenn in Folge dieser Bestrebungen das Begehren an der Heimat neue Wurzeln schläge, so werde dies auch auf den Wandertrieb mäßigend einwirken. Beseitigen werde er sich nicht lassen, so lange in den jungen außereuropäischen Kulturstäaten ein unbegrenzter Raum zur Entwicklung der wirtschaftlichen Kräfte gegeben sei. Dies schließe nicht aus, daß spezielle Missstände und Auswüchsen im Bereich des Auswanderungswesens durch zweckmäßig gesetzliche Abwege nebst, wie solche gegen das mißbräuchliche Treiben gewissichtiger Agenten während der letzten Reichstagsession angekündigt sind. — Das letzte Kapitel des ersten Abschnitts des Berichts behandelt dann noch eingehend den Nothstand in Oberschlesien, die Maßregeln zu dessen Beseitigung und diejenigen zur Verhinderung der Wiederkehr. Es wird dabei besonders dargelegt, in welcher Weise die wirtschaftlichen Gefahren vom 23. Februar d. J. die Aufgabe lösen kann, die wirtschaftlichen Zustände in den nothleidenden Distrikten zu verbessern und neuen Notlagen entgegenzuwirken. Auch wird ausführlich darüber berichtet, wie weit bereits in der kurzen Zeit seit der Emanation des Gesetzes mit der Ausführung desselben vorgegangen ist.

Telegraphische Nachrichten.

Stettin, 28. Dezember. In Gegenwart des Chefs der Admiraliät Generals v. Stosch, des Staatsministers v. Bötticher und des chinesischen Gesandten Li-Fong-Pao lief heute die für chinesische Rechnung auf der Werft Vulkan erbaute Panzerkorvette die glücklich vom Stapel. Der chinesische Gesandte vollzog die

Lage in chinesischer Sprache, das Schiff erhielt den Namen "Ting yuen".

Wien. 28. Dezember. Die "Wiener Zeitung" veröffentlicht das Gesetz betreffend die Verstaatlichung der Westbahn.

Rom. 27. Dezember. Die Ernennung des italienischen Botschafters für Paris soll, wie es heißt, nach der Debatte über den französisch-italienischen Handelsvertrag erfolgen. — Die von verschiedenen Blättern gebrachte Meldung, daß der Minister des Auswärtigen, Mancini, anlässlich der letzten Ansprache des Papstes eine Note versendet habe, entbehrt, der "Agenzia Stefani" zufolge, jeder Begründung.

Rom. 27. Dezember. Der "Popolo Romano" will wissen, daß an das Ministerium des Auswärtigen eine Mitteilung der französischen Regierung in Betreff der Entschädigungsansprüche der durch das Bombardement und die Plünderung von Sfax geschädigten italienischen Unterthanen gelangt sei, in welcher gleichzeitig entsprechende Entschädigungsansprüche gemacht würden.

Rom. 28. Dezember. Gegenüber der Nachricht, daß der französische Exminister Constans nach Italien kommen und über ein Arrangement bezüglich Tunis verhandeln werde, sagt die "Opinione": Der einzige und richtige Weg hierzu wäre die Herstellung der Autorität des Bey, indem man ihm die Regierung über seine Städte zurückgäbe, welche die Franzosen sofort nach der Bezugnahme der Insel räumen sollten. Das Blatt zweifelt, daß Gambetta diesen Weg einschlagen werde und führt hinzu, Italien müsse über alle Vorschläge, welche immer es seien, freundlich verhandeln, aber ohne seine Freiheit zu engagieren oder die Politik der Annäherung an Österreich-Ungarn zu verlassen; keinesfalls aber könnte Italien den Verdovertrag anerkennen.

Paris. 27. Dezember. Das "Journal officiel" veröffentlicht die Ernennung des ehemaligen Staatsrathes Weiß zum Direktor der politischen Angelegenheiten und der Archive im Ministerium des Neuherrn.

Paris. 28. Dezember. Das "Journal officiel" veröffentlicht die Ernennungen des Baron von Courcel zum Botschafter in Berlin und des Grafen Chaudordy zum Botschafter in Petersburg.

London. 28. Dezember. Nach einer Meldung des "Reuter'schen Bureaus" aus Kalkutta von heute hat Ajub Khan am 14. d. Mts. auf dem Wege nach Teheran die persische Stadt Ghaff erreicht.

Konstantinopel. 27. Dezember. Der italienische Botschafter, Graf Corti, dinierte gestern beim Sultan und wurde heute von demselben in Privataudienz empfangen. — Der Korrespondent der Londoner "Daily News", O'Donnovan, ist wegen seiner unehrlichen Äußerungen über den Sultan ausgewiesen worden und nach England abgereist.

Briefkasten.

O. S. Die Broschüre von Franz Mehring erhalten Sie in jeder Buchhandlung, resp. durch Vermittelung jeder Buchhandlung.

L. M. Sie werden am besten durch eine Anfrage im Inseraten-theil unserer Zeitung erfahren, wer hier kalligraphischen Unterricht erhält. Unabweisbar werden sich mehrere Herren melden, so daß Sie dann die Auswahl haben werden.

Berantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mitteilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Wetterbericht vom 28. Dezember, 8 Uhr Morgens.

D r t.	Barom. a. 0 Gr. nachd. Meeresniv.	W i n d.	W e t t e r.	Temp. i. Grad. Grad.
Mullaghmore	—			
Aberdeen	—			
Christiansund	762	WWB	6 Regen	3
Ropenhagen	769	WWB	4 Nebel	5
Stockholm	764	W	4 heiter	1
Haparanda	745	WB	6 wolfig	-3
Petersburg	748	WWB	4 wolfenlos	-1
Moskau	745	still	b. bedeckt	0
Gori, Queenst.	—			
Brest	775	SSD	2 bedeckt	1)
Yelde	774	SW	1 bedeckt	6
Sylt	772	WSW	3 Nebel	4
Hamburg	775	WSW	3 Nebel	3
Swinemünde	773	W	3 bedeckt	5
Neufahrwasser	769	WB	4 bedeckt	2)
Memel	764	WWB	5 bedeckt	4
Paris	777	D	1 bedeckt	-1
Münster	776	SW	1 bedeckt	3)
Karlsruhe	779	SSD	1 Nebel	-2
Wiesbaden	778	D	1 bedeckt	0
München	777	still	Dunst	-6
Leipzig	777	SW	2 Nebel	4)
Berlin	774	WWB	3 bedeckt	0
Wien	775	WB	2 wolfenlos	6
Breslau	775	WWB	4 Nebel	0
Die d'Aix	775	SSD	3 wolfenlos	1
Nizza	775	R	3 Dunst	5
Triest	775	still	Nebel	3

1) Seegang mäßig. 2) Nächts stürmisch. 3) Dunstig. 4) Schwacher Nebel.

Skala für die Windstärke:
1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = stief, 8 = sturmisch, 9 = Sturm, 10 = harter Sturm, 11 = bestiger Sturm, 12 = Orkan.

Anmerkung: Die Stationen sind in 4 Gruppen geordnet: 1. Nordeuropa, 2. Küstenzone von Irland bis Ostpreußen, 3. Mittel-Europa südlich dieser Zone, 4. Südeuropa. — Innerhalb jeder Gruppe ist die Richtung von West nach Ost eingehalten.

Übersicht der Witterung.

Die gestern erwähnte Depression im hohen Norden ist ostwärts fortgeschritten, während der hohe Luftdruck über Mittel- und Südeuropa im Allgemeinen sich wenig verändert hat. Bei meist schwacher Luftbewegung, nur an der Küste stellenweise starke westlichen Winden, ist das Wetter über Zentral-Europa meist trüb und neblig, jedoch ohne wesentliche Niederschläge. Deutschland, ausgenommen der Süden ist frostfrei.

Deutsche Gewässer.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Dezember.

D a t u m	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. 82 m Seehöhe	W i n d.	W e t t e r.	Temp. i. Grad. Grad.
28. Nachm. 2	765,3	W mäßig	bedeckt	+ 3,2
28. Abends. 10	763,7	W lebhaft	bedeckt	+ 1,3
29. Morgs. 6	759,0	W schwach	bedeckt	+ 0,1
Am 28. Wärme-Maximum + 4° C. Gelf.	+ 4° C. Gelf.			
= Wärme-Minimum + 1° C.	+ 1° C.			

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 28. Dezember Morgens 0,98 Meter.
= 28. Mittags 1,00
= 29. Morgens 1,02 =

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 28. Dezember. (Schluß-Course.) Matt. Lond. Wechsel 20,39, Pariser do. 80,82, Wiener do. 171,10, R.-M. St.-A. — Rheinische do. — Hess. Ludwigsh. 99, R.-M. Pr.-Anth. 128, Reichsanl. 101, Reichsbank 153, Darmst. 171, Steininger 103, Ost.-Ang. Bf. 722,00, Kreditaktien 307, Silberrente 66, Papierrente 65, Goldrente 80, Ung. Goldrente 76, 1860er Loope 124, 1864er Loope 327,20, Ung. Staatsl. 229,00 do. Ostb.-Ob. II. 94, Böh. Westbahn 276, Elisabethb. — Nordwestbahn 197, Galizier 262, Franzosen 280, Lombarden 125, Italiener 88, 1877er Russen 88, 1880er Russen 72, II. Orientali. 58, Zentr.-Pacific 112, Diskonto-Kommandit — III. Orientali. 59, Wiener Bankverein 118, ungarische Papierrente — Buschierader — Jungs Dresdner —

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 306, Franzosen 279, Galizier 262, Lombarden 125, II. Orientali. —, III. Orientali. — österr. Goldrente —

Frankfurt a. M., 28. Dezember. Effekten-Societät. Kreditaktien 306, Franzosen 280, Lombarden 125, Galizier 262, 1860er Loope — österreichische Goldrente — ungar. Goldrente — II. Orientali-leihe — österr. Silberrente — Papierrente — II. Orientali. 58, ungar. Papierrente — 1880er Russen — Darmstädter Bank — 4 p.C. Ungar. Goldrente — Wiener Bankverein — Diskonto-Kommandit — Fest.

Wien, 28. Dezember. (Schluß-Course.) Stilles Geschäft, schwankend. Kreditaktien relativ fest.

Papierrente 77,12, Silberrente 78,00, Österreich. Goldrente 23,60,

Ungarische Goldrente 119,90, 1854er Loope 122,70, 1860er Loope 132, 1864er Loope 173,00, Kreditloose 181,50, Ungar. Prämiens. 122,20, Kreditaktien 357,80, Franzosen 326,00, Lombarden 145,00, Galizier 306,25, Kasch.-Oerb. 148,00, Paribus 162,70, Nordwestbahn 231,50, Elisabethbahn 217,50, Nordbahn 255,70, Österreich-Ungar. Bunt — Türk. Loope — Unionbank 142,50, Anglo-Austr. 145,60, Wiener Bankverein 138,80, Ungar. Kredit 353,50, Deutsche Plätze 58,25, Londoner Wechsel 118,85, Pariser do. 47,10, Amsterdamer do. 98,05, Navarreons 9,43, Dukaten 5,61, Silber 100,00, Marknoten 58,27, Russische Banknoten 1,23, Lemberg-Gernowiz — Kronpr.-Rudolf 174,00, Franz-Josef —, Dux-Bodenbach —, Böh. Westbahn —, 4 Prozent, ungar. Bodenkredit-Pfandbriefe —, Elbthal 257,50, ungarische Papierrente 89,50, ungar. Goldrente 89,65, Buschierader B. — Ung. Prämi. —, Estland —

Wien, 28. Dezember. (Abendbörse). Ungar. Kreditaktien 353,57, österr. Kreditaktien 357,50, Franzosen 326,25, Lombarden 144,50, Galizier 306,0, Anglo-Aufl. —, Papierrente 77,07, do. Goldrente —, Marknoten 58,27, Napoleons 9,43, Bankverein 139,00, Elbthal 257,75, ungar. Papierrente —, 4 Prozent, ungar. Goldrente 89,65, 6 Prozent, ungar. Goldrente —, Ziernlich fest.

Paris, 28. Dezember. (Schluß-Course.) Fest.

5 pro. amortis. Rente 85,10, 3pro. Rente 83,97, Anleihe de 1872 114,05, Italien. 5pro. Rente 89,90, Österreich. Goldrente 80, 6 Prozent, ungar. Goldrente 103, 4 pro. ungar. Goldrente 78, 4 pro. Russen de 1877 92, Franzosen 705,0 Lombardische Eisenbahnen 311,25, Lomb. Prioritäten 282,00, Türken de 1865 13,75, Türkenloose 61,25, III. Orientanleihe 59.

Credit mobilier 725,00, Spanier exter. 30, do. inter. —, Suezkanal-Aktien — Banque ottomane 847,00, Union gen. 2870,00, Credit foncier 1762,00, Egypt 352,00, Banque de Paris 1290,00, Banque d'escampot 880,00, Banque hypothécaire —, Londoner Wechsel 25,23, 5 pro. Rumänische Anleihe —

Paris, 27. Dezember. Boulevard-Verkehr. 3 pro. Rente 83,90, Anleihe von 1872 114,02, Italiener 90,00, österr. Goldrente —, Türken 13,65, Türkenloose 61,00, Spanier inter. —, do. extér. 29,18, ungar. Goldrente —, Egypt 351,00, Spanier. Rente —, 1877er Russen —, Franzosen —, Lombarden 310,00, Fest.

Florenz, 28. Dezember. Matt. Consols 99,5, Ital. 5pro. Rente 89,15, Lombard. 124, 3pro. Lombarden alte —, Spanier do. neue —, 5pro. Russen de 1871 —, Spanier. Russen de 1872 —, 5pro. Russen de 1873 86,5, Spanier. Türken de 1865 13,75, fundierte Amerikaner 105,5, österr. Silberrente —, do. Papierrente — Ungarische Goldrente 77,5, österr. Goldrente 79,5, Spanier —, Egypt 4,5 pro. Consols 100, 4 pro. bar. Anleihe —, Wetter: Nasskalt.

Playdiscont 43,00, Plus der Bank flossen heute 75,000 Pfnd. Sterl.

Laut Meldung aus San Francisco überbrachte die australische Post 415,000 Golddollars nach Amerika.

Petersburg, 28. Dezember. Wechsel auf London 25,15, II. Orient-Anleihe 90, III. Orientanleihe 90.

New York, 27. Dezember. (Schlußkurse.) Wechsel auf Berlin 94, Wechsel auf London 4,79, Wechsel auf Paris 5,24, 3pro. fundierte Anleihe 102,5, 4 Prozent, fundierte Anleihe von 1877 118,5, Erie-Bahn 40,5, Central-Pacific 115,5, New York Centralbahn 132, Chicago-Eisenbahn 136, Cable Transfers 4,83.

Geld leicht, für Regierungssicherheiten 4 Prozent, für andere Sicherheiten 5 Prozent.

Produkten-Kurse.

Köln, 28. Dezember. (Getreidemarkt.) Weizen bießiger loco 24,00, fremder loco 23,50, pr. März 23,15, per Mai 23,05, per Juni —, Roggen loco 21,00, pr. März 17,40, per Mai 17,10, Hafer loco 17,00, Rübbel loco 31,30, pr. Mai 30,10, per Oktober 29,30.

Bremen, 28. Dezember. Petroleum (Schlußbericht) matt. Standard white loco 7,00 bez., pr. Januar 7,00 bez., per Februar 7,25 Br., pr. März 7,30 Br., pr. August-Dezember 8,15 Br.

Hamburg, 28. Dezember. Getreidemarkt. Weizen loco und auf Termine rubig — Roggen loco und auf Termine rubig. Weizen per Dezember 228,00 Br., 227,00 Br., per April-Mai 227,00 Br., 226,00 Br., Roggen per Dezember 172,00 Br., 170,00 Br., per April-Mai 162,00 Br., 160,00 Br., Hafer still. Gerste fest. Rübbel geschäftsl. loco 58,50, per Mai 59,00, Spiritus still, per Dezember 41, Br., per Januar - Februar 42 Br., per Februar-März 42 Br., per April-Mai 42 Br., Kaffee steig, Umsatz 1500 Sac. Petroleum rubig, Standard white loco 7,30 Br., 7,20 Br., per Dezember 7,20 Br., per Januar-März 7,55 Br. — Wetter: Trübe.

Produkten - Börse.

Berlin, 28. Dezember. Wind: W. Wetter: bewölkt.
Weizen per 1000 Kilo loko 202—235 M. nach Qualität gefordert, abgel. Anmelde. — bezahlt, defekter Polnischer — Mark ab Bahn, per Dezember 219—218 bezahlt, per Dezember-Januar — bezahlt, per Januar-Februar — bezahlt, per Februar-März — bezahlt, April-Mai 225—225½ bezahlt, per Mai-Juni 226—225½ bez., Juni-Juli — Gd. Gefündigt 9000 Zentner. Regulierungspreis 218 Mark. — Roggen per 1000 Kilo loko 174—182 M. nach Qualität gefordert, neu inländischer 174—182 ab Bahn bezahlt, seiner do. 179—181 M. ab B. bezahlt, flammer — M. ab R. bez. alter — Mark ab B. bezahlt, russischer — Mark a. R. bezahlt, seiner — Mark ab Bahn bezahlt, defekter — Mark ab Bahn bezahlt, per Dezember-Januar 174—173½ bezahlt, per Januar-Febr. — bezahlt, per April-Mai 169—188½ bezahlt, per Mai-Juni 167—166½ bezahlt. Gefündigt 11000 Zentner. — Regulierungspreis 180 Mark. — Gerste per 1000 Kilo loko 140—200 Mark nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo loko 140—173 M. nach Qualität gefordert, russischer 140 bis 149 bezahlt, östl. und westpreußischer 145—157 bezahlt, pommerischer und Niedermärker 146—150 bezahlt, schlesischer 150—157 bez., böhmischer 150—157 Mark bezahlt, sein weiß mecklenburgischer — Mark ab B. bez., per Dezember 147—146½ M. bez., per Dezember-Januar — Mark bezahlt, per April-Mai 147½ M. per Mai-Juni 147 M. Gefündigt 1000 Zentner. Regulierungspreis 147 Mark. — Erbsen per 1000 Kilo Kochware 172—215 M. Futterware 158 bis 167 Mark. — Mais per 1000 Kilo loko 145—153 nach Qualität gefordert, per Dezember 148½ Mark, per April-Mai 140 Gd., per Mai-Juni 138 M. — Gefündigt 2000 Zentr. Regulierungspreis 148½ M. — Weizenmehl per 100 Kiloaramm brutto 00:

Berlin, 28. Dezember. Die Börse trägt sich mit vielen fern abliegenden Gedanken und läßt sich von diesen beeinflussen, während sie den näher stehenden Verhältnissen weniger Beachtung schenkt. Da nun in Paris die Sachlage seine durchsichtige und klare ist, sondern zu manchen Betrachtungen Anregung giebt, so wirken die von dort eingelangten Berichte mehr oder weniger verstimmend und wer etwa der bisherigen Erfahrung gefolgt ist und für das letzte Drittel des Dezember eine stärkere Hauss-Bewegung vorausgesetzt hat, sieht sich nun durch den that'schälichen Verlauf der Dinge enttäuscht. Die hiesigen Verhältnisse liegen durchaus gesund, und ebenso ist auch nach wie vor die allgemeine Stimmung der Hauss zugewendet. Praktische Erfolge

Höchs- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 28. Dezember 1881.

Brennholz Höchs- und Geld-

Course.

Preuß. Cons. Anl. 105,50 bzb

do. neue 1876 100,80 bzb

Staats-Anleihe 100,70 bzb

Staats-Schuldsch. 37

Östl.-Deichs.-Obl. 42

Berl. Stadt-Obl. 100,30 bzb

do. 95,70 bzb

Saalf. v. B. Kfm. 101,50 B

V. Landb. briefe:

Berliner 108,10 G

do. 104,50 bzb

Landsch. Central 100,25 bzb

Kur. u. Neumärk. 95,60 bzb

do. neue 92,00 B

do. 100,50 bzb

do. neue 90,50 G

Östl. Brandbg. Krebd. 90,50 G

Östl.-Preußische 100,00 bzb

do. 91,60 bzb

Westpr. rittersch. 100,50 bzb

do. 100,00 G

I. B. 103,40 bzb

do. II. Serie 99,90 bzb

Reulsdch. II. Serie 103,40 bzb

do. 100,20 bzb

Bosensche, neue 100,20 bzb

Sächsische 90,30 bzb

Pommersche 100,50 bzb

do. 101,25 G

Schlesische altl. 93,50 bzb

do. alte A. 101,10 bzb

do. neue I. 100,25 bzb

Rentenbriefe: Kur. u. Neumärk. 100,25 bzb

Pommersche 100,25 bzb

Posensche 100,40 bzb

Preuß. 100,25 bzb

Rhein.-u. Westfäl. 100,50 B

Sächsische 100,25 B

Schlesche 100,60 bzb

20-Frankfurt. 16,18 bzb

do. 500 Gr. 4,20 bzb

Dollars 16,67 G

do. 500 Gr.

Engl. Banknoten 81,00 B

do. einl. b. Leipz. 171,50 bzb

Französl. Banknot. 212,25 bzb

Russ. Noten 100 Rbl. 144,20 bzb

Dentische Höchs. 303,10 bzb

Östl. Reichs-Anl. 217,25 bzb

Pr. v. 55 a 100 Th. 135,40 bzb

Pr. v. 20. Th. L. 101,30 G

Brem. Anl. v. 1874 128,30 bzb

Östl.-Md.-Pr.-Anl. 123,50 bzb

Goth. Pr.-Pfdbr. 120,90 bzb

do. II. 118,75 bzb

Gamb. 50-Thlr.-L. 190,00 G

Wübeder Pr.-Anl. 179,00 B

Meddl. Eisenbahn. 94,10 bzb

Reininger Loos. 27,50 bzb

do. Pr.-Pfdbr. 118,50 G

Oldenburger Loos. 148,00 bzb

D.G.-C.-B.-Pf. 110 105,00 B

do. 108,50 bzb

Pr. Hypoth. unf. 103,60 bzb

do. 102,00 B

Rein. Hyp.-Pf. 101,20 B

Kred. Ord.-G.-A. 100,00 G

Pomm. Hyp.-Pfdbr. 108,50 G

Ausländische Börsen.

Amerik. gef. 1881 6

do. do. 1885 6

do. S. (fund.) 5

Norweger Saleihe 4

Newvork. Std.-Anl. 6

Desterr. Goldrente 4 80,80 bzb

do. Pap.-Rente 4 65,90 bzb

do. Silber-Rente 4 65,60 bzb

do. 250 f. 1854 4

do. Cr. 100 f. 1858 346,50 G

do. Volt. v. 1860 5 123,90 bzb

do. do. v. 1864 327,75 B

do. do. 100,00 G

do. do. 1862 83,75 bzb

do. Boden-Credit 4 83,75 bzb

do. do. 1862 5 182,25 bzb

do. do. 1862 5 18